

Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,

die erste Sitzungswoche im Jahr 2012 begann mit einer Debatte über die **wirtschaftlichen Aussichten für unser Land**. Noch-Wirtschaftsminister Philipp Rösler hat einmal mehr seinen Realitätsverlust zur Schau gestellt: Er redet sich nicht nur die Lage seiner Partei, sondern auch die wirtschaftliche Lage Deutschlands schön. Es ist wohl jedem klar, dass die Euro-Krise nicht ohne Auswirkungen auf die Entwicklung der Wirtschaft sein kann. Daher brauchen wir europaweit, aber auch in Deutschland einen Pakt für wirtschaftliches Wachstum. Dazu gehören höhere Löhne, Zukunftsinvestitionen und die Finanztransaktionssteuer. Denn wir müssen die Binnennachfrage in unserem Land stärken. Das geht nur durch einen Mindestlohn, durch Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur und durch die Umsetzung der Energiewende. Doch Union und FDP glauben lieber der Schönmalerei ihres Wirtschaftsministers Röslers als den Fakten: Den SPD-Gesetzentwurf zur Einführung eines Mindestlohnes hat die Koalition am Freitag abgelehnt. **Meine Rede dazu finden Sie anbei.**

In Europa brauchen wir zur Bewältigung der Krise mehr Einnahmen für die Staaten – durch das Aufkommen einer **Finanztransaktionssteuer**. Die CDU hat nach Jahren des Blockierens nun endlich verstanden, dass eine solche Steuer notwendig und gerecht ist. Es ist nicht zu erklären, dass auf das Arbeitseinkommen Steuern gezahlt werden, auf meist deutlich höhere Einkünfte aus Finanztransaktionen jedoch nicht. Eine solche Steuer ist überfällig, um diejenigen, die den Ausbruch der Finanzkrise mit verursacht haben, endlich an den Kosten zur Bewältigung der Krise zu beteiligen. Einzig die FDP sträubt sich und zeigt wieder einmal deutlich, dass sie die „Finanzhaie“ nach wie vor zu ihrer Klientel zählt. Wir als SPD-Bundestagsfraktion werden



Berlin-Brief, Ausgabe 110
20. Januar 2012

Meine Termine

10. Internationales Neujahrsfest mit feierlicher Verleihung des Integrationspreises

21.01.2012, 15 Uhr, Heilbronn, Kreissparkasse

Prunksitzung der Wimpfener Faschingsgesellschaft

21.01.2012, 20.11 Uhr, Bad Wimpfen, Kursaal

Winterfeier mit Ehrungen des SPD-Ortsvereins Bad Rappenau

22.01.2012, 18 Uhr, Bad Rappenau, Gaststätte Wilddieb

Josip Juratovic MdB

Abgeordnetenbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. 030-227-70107

josip.juratovic@bundestag.de

Bürgerbüro

Untere Neckarstr. 50
74072 Heilbronn

Tel. 07131-783616

josip.juratovic@wk.bundestag.de

Im Internet:

www.juratovic.de

Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekommen? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!



die Union gerne darin unterstützen, eine solche Steuer einzuführen, wenn die FDP sich weiterhin verweigert!

In dieser schwierigen Lage in Europa, in der wir darauf achten müssen, dass die Euro-Krise nicht zu große Auswirkungen auf die Realwirtschaft in den EU-Ländern hat, ist es wichtig, dass das Europäische Parlament mit einer starken Stimme spricht. Am Dienstag wurde **Martin Schulz**, der langjährige Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament, zum **neuen Parlamentspräsidenten** gewählt. Das ist ein wichtiges Zeichen, denn Martin Schulz wird sich Gehör verschaffen. Es kann nicht sein, dass nur die Staats- und Regierungschefs über die Zukunft der EU entscheiden, während das demokratisch gewählte Parlament bei wichtigen Entscheidungen bisher viel zu oft außen vor bleibt.

Gerade bei der **Krise im Euroraum** ist die Beteiligung des Parlaments wichtig. Die Rating-Agentur Standard & Poor's hat in dieser Woche die Kreditwürdigkeit von neun Eurostaaten, darunter Frankreich, und der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) herabgestuft. Deswegen ist es wichtig, nun die akuten Krisenursachen anzugehen. Dazu gehören nicht nur die Staatsverschuldung, sondern auch Außenhandelsungleichgewichte und ein Auseinanderklaffen der Wettbewerbsfähigkeit zwischen den Ländern der Eurozone. Sogar Standard & Poor's schreibt: „Wir glauben, dass ein Reformprozess, der nur auf Haushaltskürzungen setzt, seine eigenen Grundlagen unterminiert, weil die Inlandsnachfrage mit der Sorge der Verbraucher, was Arbeitsplatzsicherheit und verfügbare Einkommen angeht, sinkt und nationale Steuereinnahmen wegbrechen.“ Ich bin kein Freund von Ratingagenturen, aber wo sie recht haben, haben sie recht: Die Krisenpolitik à la „Merkozy“ setzt nur auf Haushaltskürzungen und vernachlässigt die notwendige Wirtschaftspolitik vollkommen!

Zum Schluss dieses Berlin-Briefs möchte ich nur kurz darauf eingehen, was unsere Republik über den Jahreswechsel in Atem gehalten hat: die **Affäre um Christian Wulff**. Es begann mit einem dubiosen Privatkredit, ging über den Kredit zu Vorzugskonditionen bei der LBBW, Einladungen zu Reisen, Spenden bis zum Anruf bei Bild-Chef Diekmann. Ich bedauere sehr, dass Herr Wulff dem Amt des Bundespräsidenten schweren Schaden zugefügt hat, indem er nur auf Druck und scheinbarweise die Öffentlichkeit informiert hat. Ich bin der Überzeugung: Jeder hat eine zweite Chance verdient, auch Christian Wulff. Das geht aber nur, wenn er endlich ehrlich und offen über alles informiert und nicht immer nur gerade das sagt, was ihm sowieso schon öffentlich nachgewiesen wurde. Wenn weitere Ungereimtheiten herauskommen und er erneut die Information der Öffentlichkeit verweigert, ist das Maß voll. Wer Glaubwürdigkeit für sich in Anspruch nimmt, muss anders handeln als Christian Wulff!

Mit freundlichen Grüßen